

CIRCLE I

Working Document 14

“Discussion Circle” on the Court of Justice

Subject: Remarks of Hans Martin Bury to the draft final report.

Members of the “Circle of discussion” on the Court of Justice will find hereafter a paper by
Mr Hans Martin Bury, alternate member to the Convention



HANS MARTIN BURY

10117 BERLIN, DEN

STAATSMINISTER FÜR EUROPA

WERDERSCHER MARKT 1

TELEFON: 01888 - 17 29 26

TELEFAX: 01888 - 17 39 03

An den Vorsitzenden des Diskussionskreises
zum Europäischen Gerichtshof
Herrn António Vitorino
Konventssekretariat
175, Rue de la Loi

1048 Brüssel

Sehr geehrter Herr Vitorino,

ich danke Ihnen für die Übermittlung des Entwurfes für den Abschlußbericht des Diskussionskreises zum Europäischen Gerichtshof, den ich mit großem Interesse verfolgt habe. Inhaltlich stimmen ich Ihnen in den meisten Punkten zu, nur zu wenigen Punkten möchte ich noch Anmerkungen machen:

Was die Auswahl der Richter angeht, stimme ich mit Ihnen überein, daß jeder Mitgliedstaat nur einen Kandidaten vorschlagen sollte (Randnummer 7). Meines Erachtens sind die Gründe für ein Auswahlgremium ("assessment panel") zur Beurteilung der Eignung eines Kandidaten nicht überzeugend. Bisher sind in diesem Bereich keine Probleme aufgetaucht, vielmehr erfolgte die Auswahl der Richter stets zur allgemeinen Zufriedenheit. Ich möchte Sie daher bitten, die Frage im Abschlußbericht noch offen zu lassen.

In Bezug auf die Individual-Klagebefugnis gemäß Art. 230 EG Absatz IV (Randnummer 20) halte ich Ihren Vorschlag in der ersten Alternative (alle Akte mit allgemeiner Geltung) für vorzugswürdig. Damit würde die Ausdehnung der Klagebefugnis genau bei der Fallgruppe erfolgen, die mit der geltenden Regelung nicht zufriedenstellend gelöst werden konnte. Eine Unterscheidung zwischen formellen und materiellen Gesetzen, wie Sie durch die alternativ vorgeschlagene Formulierung "regulatory acts" zum Ausdruck kommen soll, wird diesem Ziel hingegen nicht gerecht.

Bei den Sanktionen im Falle der Nichtbefolgung eines Urteils (Randnummer 27) sollte die klare verfahrensmäßige und zeitliche Unterscheidung zwischen der Verurteilung in der Sache und Verurteilung zu Sanktionen erhalten bleiben. Nur so ist eine hinreichende Aufklärung des Sachverhaltes und eine angemessene Reaktion möglich.

Auch in den Fällen der "Nichtmitteilung" bzgl. der Umsetzung von Richtlinien (Randnummer 28) sollte die Trennung zwischen Verurteilung und Sanktion erhalten bleiben. Im Einzelfall können konkrete Sachprobleme hinter der mangelnden Umsetzung stehen, die in einem speziellen Sanktionsverfahren berücksichtigt werden müssen.

Ich möchte Sie bitten, diese Punkte im Abschlußbericht zu berücksichtigen.

Abschließend möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen weiteren Punkt lenken, den die deutschen Konventsmitglieder Joschka Fischer, Erwin Teufel und Jürgen Meyer bereits in einem gemeinsamen Brief an den Präsidenten des Europäischen Konvents am 06.03.2003 angesprochen haben:

Das unmittelbare Klagerecht für die nationalen Parlamente bei der Überwachung des Subsidiaritätsgrundsatzes, das im Falle eines Zweikammersystems von jeder Kammer ausgeübt werden kann. Dieses Anliegen ist aus deutscher Sicht im Hinblick auf das Gesamtergebnis des Konvents von besonderer Bedeutung. Es entspricht im übrigen auch dem Stand der Beratungen im Konvent. Dies setzt eine entsprechende Anpassung des Artikels 230 EGV voraus, in den folgender neuer Absatz IV eingefügt werden sollte:

"Der Gerichtshof ist für Klagen zuständig, die das Parlament eines Mitgliedstaates oder eine seiner Kammern wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips erhebt."

Ich möchte Sie bitten, im Abschlußbericht und den weiteren Beratungen diesen Änderungsvorschlag zu Art. 230 EG sowie das von der Bundesregierung geforderte Klagerecht für die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen und den Ausschuß der Regionen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Martin Bury
